

Die E-Mail wird fehlerhaft dargestellt? Klicken Sie bitte hier: [Web version](#).



ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen informiert

Theaterstück "Die Sehnsucht nach dem Frieden" (Berliner Compagnie)

12. März 2019, 19.30 bis 21.00 Uhr, KD11/13 - Zentrum für Kooperation und Inklusion, Karl-Denkhaus-Straße 11, 45329 Essen

Karten: 10 € / ermäßigt 7,50 €

Vorverkauf:

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.

Friedrich-Ebert-Straße 30

45127 Essen

Öffnungszeiten: Di/Do 14-17 Uhr

Telefon: 0201-20539

Vorbestellung unter: Kathrin.richter@proasylessen.de

weitere Vorverkaufsstellen:

- Weltladen Alte Kirche, Mallinckrodtplatz 1, 45219 Essen
- Proust Wörter und Töne, Akazienallee /Am Handelshof 1, 45127 Essen

oder an der Abendkasse

Nähere Informationen gibt es [hier](#).

Dobrindt schwadroniert, Seehofer setzt um

In Sachen Asyl- und Aufenthaltspolitik gibt die CSU den Ton an. ["Es ist nicht akzeptabel, dass durch eine aggressive Anti-Abschiebe-Industrie bewusst die Bemühungen des Rechtsstaates sabotiert und eine weitere Gefährdung der Öffentlichkeit provoziert wird"](#), äußerte sich Dobrindt gegenüber der BILD am Sonntag im Mai 2018. Er bezog sich dabei auf die Überlastung der Verwaltungsgerichte. Dass die Gerichte in vielen Fällen schlichtweg die mangelhafte Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) korrigieren müssen, verschwieg Dobrindt.

Knapp ein Drittel der inhaltlichen BAMF-Entscheidungen wurden 2018 durch durch Klagen vor den Verwaltungsgerichten gekippt. Bei Afghanen liegt die Quote sogar bei gut 58 Prozent. Diese und weitere Zahlen sind der [Antwort der Bundesregierung](#) auf die regelmäßige ergänzende Asylstatistik-Anfrage der LINKEN zu entnehmen. Die [Süddeutsche Zeitung](#) berichtete im Januar über anhaltend hohe Zahl der kassierten BAMF-Entscheidungen.

Die Rhetorik der CSU ist kaum noch von der der AfD zu unterscheiden. Wer von einer "aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie" spricht, wo Menschen von ihren Rechtsmitteln Gebrauch machen, interessiert sich nicht für den Rechtsstaat, sondern sieht Deutschland von einer großen Macht bedroht und biedert sich einer wahnhaft an Verschwörungsideologien gebundenen Klientel an. Vollkommen zu Recht wurde Dobrindts Wortschöpfung daher zum [Unwort des Jahres 2018](#) gewählt.

Die ideologische Annäherung der CSU an die AfD und deren Klientel vollzieht sich aber offenbar nicht nur sprachlich, sondern ganz praktisch in der Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien. Heimatminister Seehofer sprach in Bezug auf den Polizeieinsatz in Ellwangen im Juni 2018 von einem ["Schlag ins Gesicht der rechtstreuen Bevölkerung"](#) und meinte damit sicher nicht die wortwörtliche [Gewalt, mit der die Polizei gegen Geflüchtete in der Aufnahmeeinrichtung vorgeht](#). Auf Dobrindts und seine eigenen Anrufungen eines autoritären, buchstäblich durchgreifenden Staates lässt Seehofer Taten folgen.

In einem neuen [Referent*innenentwurf](#) vom 13. Februar aus dem Hause des Heimatministeriums wird ein neuer Status unterhalb der Duldung geschaffen, den [Georg Restle zutreffend "rechtslos"](#) nennt. Volker Maria Hügel (GGUA / Projekt Q) hat eine lesenswerte [Arbeitshilfe](#) zu den geplanten Gesetzesänderungen verfasst.

Der durch den neu zu schaffenden § 60b AufenthG geplante "BÜVA"-Status ("Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht ") sieht beispielsweise vor, dass bestimmte Personengruppen, wie Geflüchtete aus sogenannten sicheren Herkunftsländern, vollständig von Integrationsmaßnahmen und Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung ferngehalten werden sollen. Seehofer reagiert damit auf den von Dobrindt herbeifantasierten Angriff auf den Rechtsstaat mit der fortdauernden Entrechtung Geflüchteter.

Kurzmeldungen

- Die afghanische Botschaft hat am 22. Oktober 18. eine [Verbalnote](#) herausgegeben. Darin werden detailliert die Schritte zur Beantragung eines Reisepasses, einer Taskira und auch anderer Dokumente beschrieben.
- Die Kanzlei Herrmann, Haubner, Schank aus Passau hat einen [Newsletter zum Thema „Irak – Abschiebungen und Passbeschaffung“](#) veröffentlicht. Darin wird erläutert, dass für den Irak derzeit ein faktischer Abschiebestopp besteht und nur Straftäter und Gefährder (kurdische Iraker in den Nordirak, arabische Iraker in den Zentralirak) abgeschoben werden.
- Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt hat neues [Informationsmaterial zu Bleiberechtsregelungen und weiteren Aufenthaltsmöglichkeiten](#) auf verschiedenen Sprachen herausgegeben.
- 2019 ist ein trauriges Jubiläumsjahr: Seit nunmehr 100 Jahren werden in Deutschland Migrant*innen und Geflüchtete inhaftiert, um ihre Abschiebung zu forcieren. Erfreulicherweise wird bereits bundesweit mobilisiert, um gegen diese besonders unmenschliche Praxis deutscher Abschiebepolitik zu demonstrieren. Nähere Informationen gibt es [hier](#).
- Beim Thema der Flüchtlingsbürge, die vor August 2016 Verpflichtungserklärungen abgegeben haben, um Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien die Flucht nach Deutschland zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder leider nicht auf eine einheitliche gesetzliche Lösung verständigen können. Stattdessen wurde vereinbart, dass die Jobcenter, eine individuelle Ermessensentscheidung zu treffen haben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verkauft diese Lösung in seiner [Pressemitteilung](#) als Erfolg.

Für die Betroffenen, die mit den immens hohen Rückzahlungsaufforderungen der Jobcenter konfrontiert sind, ändert sich jedoch wenig. Für sie ist eine Rechtsberatung durch eine Beratungsstelle dringend zu empfehlen. Weitere Hintergrundinformationen sowie Vorlagen zur Stellungnahme gegenüber einer Rückforderung des Jobcenters finden sich auf der Seite des [Flüchtlingsrats Niedersachsen](#).

Termine / save the date

- **Informationsveranstaltung "ZAB Essen"**

19.03.2019, 18:30

Unperfekthaus

Friedrich-Ebert-Straße 18

45127 Essen

Referenten:

- Herr Helmich (Leiter des Fachbereichs Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten)
- Herr Haastert (Leiter der ZAB)

- **Fachtag "Vertrauenssache - ehrenamtliche Vormundschaften für junge Flüchtlinge"**

30.04.2019, 10:00 - 14:00 Uhr

Unperfekthaus

Friedrich-Ebert-Straße 18

45127 Essen

Anmeldung per E-Mail an: regine.krutzky@awo-niederrhein.de

Einsendeschluss für die Anmeldungen: 12.04.2019

Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

Klicken Sie hier, um uns zu unterstützen!

facebook



0201/20539



info@proasyllessen.de



0201/2200387

*Legal Notice:
Pro Asyl Flüchtlingsrat Essen e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen
[Hier vom Newsletter abmelden](#)*